

Auf Einladung der GEW-Kreisverbände Groß-Gerau und Main-Taunus trafen sich im März 2006 Schulleiterinnen und Schulleiter, um sich über das Vorhaben des Kultusministeriums für eine „Unterrichtsgarantie plus“ auszutauschen. Eine Gruppe von Schulleiterinnen und Schulleitern erarbeitete einen offenen Brief, dem sich im April 87 Schulleiterinnen und Schulleiter und stellvertretende Schulleiterinnen und Schulleiter angeschlossen haben.

Offener Brief von Schulleiterinnen und Schulleitern an Schulen im Kreis Groß-Gerau und im Main-Taunus-Kreis

Betr.: Unterrichtsgarantie plus

Sehr geehrte Frau Staatsministerin Wolff!

Dass Schule für Eltern und Kinder verlässlich sein soll, ist unser aller Interesse. Deshalb veranlasst uns Ihr Konzept einer „Unterrichtsgarantie plus“ als Schulleiterinnen und Schulleiter und stellvertretende Schulleiterinnen und Schulleiter von Schulen aus der Region Groß-Gerau und Main-Taunus zu einem offenen Brief, um ein Missverständnis auszuräumen:

Sie führen in Ihrer Regierungserklärung vom 24.1.2006 unsere Region mit dem Modellversuch „Schule gemeinsam verbessern“ als ein „gelungenes Beispiel“ an. Die Schulen sind dem Modellversuch beigetreten, um mit einem Budget für Vertretungsunterricht und für besondere Projekte die Qualität des Unterrichts und des gesamten Schullebens zu verbessern. Wie Sie erklären, wurden diese Mittel genutzt, um Förderunterricht für Schülerinnen und Schüler mit Lese- und Rechtschreibschwäche und Hausaufgabenhilfe zu organisieren, Bibliotheken und Mediotheken auszustatten „oder besondere Schwerpunkte des Schulprogramms damit ausprägen (zu) können, etwa im Bereich Musik, Sprachen oder Sportangeboten.“

Natürlich gehört zur Verbesserung der Qualität von Unterricht auch die Reduzierung von Unterrichtsausfall. Es ist richtig, dass die Schulen in der Pilotprojektregion „selbständig Vertretungspools erstellt und Vertretungsunterricht organisiert“ haben. Wir sind jedoch weit davon entfernt, dass „dort das, was wir jetzt generell mit der verlässlichen Schule erreichen wollen, bereits gewährleistet ist.“ Wir haben an unseren Schulen Unterrichtsausfall reduziert, aber nicht „weitestgehend eliminiert“. Deshalb verblüfft und verärgert uns Ihre Behauptung, wir hätten gezeigt, „dass die verlässliche Schule funktioniert.“

Wir sind Schulleiterinnen und Schulleiter, weil wir gute Schule machen wollen. Dazu gehört - wie überall in Hessen - ein schulisches Vertretungskonzept und der verantwortungsbewusste Umgang mit den Ressourcen. Aber verantwortungsbewusst heißt auch:

- ☞☞ Wir brauchen qualifiziertes Personal für den Unterricht und schließen uns der Überschrift Ihres Flyers zum Lehrerbildungsgesetz an: „Guter Unterricht braucht dauerhafte Professionalität“.
- ☞☞ Eltern müssen sicher sein können, dass ihre Kinder bei uns gut aufgehoben sind. Deshalb setzen wir auch für Betreuungsaufgaben nur Personen ein, die qualifiziert mit Kindern umgehen können und der Schule dauerhaft zur Verfügung stehen.
- ☞☞ Ein Materialpool ist in Vertretungssituationen hilfreich, er ersetzt aber keine Lehrer, die zur Arbeit motivieren, weiterhelfen und in Konfliktsituationen regulierend eingreifen können.
- ☞☞ Arbeitsgemeinschaften, Förderunterricht, Kurse für Seiteneinsteiger und Deutsch als Zweitsprache gehören zu einer guten Schule. Deshalb dürfen sie nicht einfach ausfallen, wenn in der Schule ein Vertretungslehrer benötigt wird.

Die Aufgabe, den Unterrichtsausfall zu reduzieren, wird zusätzlich durch die Tatsache erschwert, dass immer mehr Schulen nicht nur bei längerfristigen Erkrankungen, sondern sogar zur Abdeckung der Stundentafel keine Lehrkräfte finden können. An den Grundschulen erfolgen die Einstellungen seit einigen Jahren fast nur noch mit befristeten Angestelltenverträgen - dabei braucht gute Schule doch Kontinuität! Befristete Verträge können kein Anreiz sein, aus einem anderen Bundesland nach Hessen umzuziehen. Im Gegenteil: Hessische Lehrkräfte gehen in ein anderes Bundesland, wo ihnen eine feste Stelle angeboten wird. In unserer fast schon verzweifelten Situation, in der wir ein Loch stopfen, indem wir ein anderes aufreißen, ist uns völlig unverständlich, dass in Hessen mehrere hundert Bewerberinnen und Bewerber für ein Referendariat abgelehnt und nicht eingestellt wurden. Solange das Kultusministerium nicht einmal die Grundversorgung der Schulen gewährleistet, können wir nicht garantieren, dass kein Unterricht ausfällt.

Dass Schule für Eltern und Kinder verlässlich sein soll, ist in der Tat auch unser Interesse. Der Modellversuch "Schule gemeinsam verbessern" liefert dazu jedoch höchstens einen Baustein. Schulen brauchen die Zuweisung einer schulinternen Vertretungsreserve und eine mobile Vertretungsreserve in allen Gemeinden.

Stattdessen sollen die Stellen für die mobile Vertretungsreserve in Hessen ab dem kommenden Schuljahr von 100 auf 50 gekürzt werden!

So stehen wir Schulen im Modellversuch „Schule gemeinsam verbessern“ vor einem Scherbenhaufen: Unsere Arbeit soll ein Wahlversprechen legitimieren, für dessen Einlösung die Voraussetzungen nicht geschaffen wurden. Die Mittel, die wir bisher hatten und die im Zusammenhang mit „Unterrichtsgarantie plus“ eher weniger als mehr werden, reichen bei weitem nicht aus, um jeglichen Unterrichtsausfall zu vermeiden. Dies bedeutet auch, dass die Projekte, die wir im Rahmen des Modellversuchs ins Leben gerufen haben, im kommenden Schuljahr nicht mehr stattfinden können, weil alle Mittel für die „Unterrichtsgarantie plus“ aufgewendet werden müssen. Wie sollen wir das Eltern und Kindern vermitteln?

Deshalb erklären die Schulleiterinnen und Schulleiter, die diesen Brief unterzeichnet haben, gemeinsam:

- ☞ **Schulleitungen und Lehrerkollegien machen schon seit Jahren große Anstrengungen, um den Unterrichtsausfall zu begrenzen.**
- ☞ **Das Pilotprojekt „Schule gemeinsam verbessern“ soll der Steigerung der Qualität von Schule und Unterricht dienen. Wer das Projekt als „Beweis“ dafür verwendet, dass sich mit begrenzten finanziellen Mitteln Unterrichtsausfall vollständig vermeiden lässt, spricht nicht in unserem Namen.**
- ☞ **Wir können nicht garantieren, dass an unseren Schulen im kommenden Schuljahr jede Unterrichtsstunde vertreten werden kann und kein Unterricht mehr ausfällt.**
- ☞ **Wir sind nicht bereit, die Verantwortung für die Folgen einer unzureichenden Lehrerversorgung zu übernehmen.**
- ☞ **Wir sind nicht bereit, unsere Verantwortung für einen qualifizierten Unterricht einem nicht einlösbaren Versprechen unterzuordnen.**

87 Schulleiterinnen und Schulleiter und stellvertretende Schulleiterinnen und Schulleiter haben sich diesem offenen Brief im April 2006 mit einer Unterzeichnungserklärung angeschlossen:

Es folgen die Namen der 87 Schulleiterinnen und Schulleiter und stellvertretende Schulleiterinnen und Schulleiter aus dem Kreis-Groß-Gerau und dem Main-Taunus-Kreis, deren Unterschrift bis zum 24. April vorlag. Inzwischen haben sich weitere Kolleginnen und Kollegen angeschlossen.